



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 6. April 1880.

Nr. 160.

Deutschland.

*** Berlin, 5. April. Nach den Erfahrungen, welche bei den zufolge des Gesetzes vom 16. Januar v. J. bezüglich der Abkürzung der Lieferfristen von den königlichen Eisenbahn-Verwaltungen angestellten Versuchen gewonnen worden sind, läßt, wie der Minister der öffentlichen Arbeiten in einem Erlaß vom 27. März an die königlichen Eisenbahn-Direktionen bemerkt, der Stückgutverkehr bei der Beförderung von Bahn zu Bahn in vielen Fällen noch die erforderliche Regelmäßigkeit und Beschleunigung vermissen, um zur Zeit schon eine all-gemeinere Einschränkung der Lieferfristen zu gestatten. Nachdem inzwischen das Netz der vom Staate verwalteten Bahnen eine erhebliche Erweiterung und einen festen Zusammenschluß erfahren hat und es hierdurch ermöglicht ist, den bisher so vielfach zerstückelten Verkehr in geregeltere Bahnen zu lenken, erwartet der Minister, daß auch die Beförderung der Stückgüter im direkten Verkehr mehrerer Verwaltungsbereiche an Schnelligkeit und Regelmäßigkeit gewinnen werde. Die königlichen Direktionen werden bei Erledigung des allgemeinen Erlasses vom 27. Februar v. J. auch diesem wichtigen Transportwege die gebührende Beachtung zu schenken haben. Der Minister behält sich vor, demnächst auf diese Angelegenheit zurückzukommen und über das für eine promptere Stückgutbeförderung Veranlassende genauere Erhebungen anzustellen.

Mit Rücksicht auf die Thatsache, daß vage-bondirte und verkommene Personen leicht an Flei-typhus erkranken und nicht selten zur Verbreitung dieser Krankheit beitragen, hat der Minister der Medizinal-Angelegenheiten die königlichen Regie-rungen unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 27. Januar v. J. in einem neuen Erlaß vom 25. März veranlaßt, in Betreff der Anzeige von Flei-typhus-Fällen die Polizeibehörden ihrer Bezirke an-zuweisen, mit Energie darauf hinzuwirken, daß alle derartigen obdachlosen Individuen in Erkrankungs-fällen möglichst bald einer Krankenanstalt überwiesen werden, um durch die im sanitätspolizeilichen In-teresse gebotene Maßregel der Ausbildung von In-fektionsherden zeitig vorzubeugen.

Am 2. April verhandelte das Oberseamt über die Beschwerde des Reichskommissars gegen den Spruch des Seeamts zu Stralsund betreffend den Seerunsfall des Schooners „Karl“ aus Barth. Das Seeamt zu Stralsund hatte seinen Spruch dahin abgegeben, daß die Strandung des Schiffes dadurch verursacht sei, daß der Kapitän Meyer eine See-fahrt unternommen, zu welcher er keine Befähigung gehabt und daß er durch Unterlassung der erfor-derlichen Lotungen die Strandung verschuldet, daß aber keine Veranlassung vorliege, ihm die Aus-übung des Gewerbes als Küstenschiffer zu entziehen. Das Oberseamt hat nun, obwohl neue Momente für die Beurteilung des Falles nicht vorlagen, dahin entschieden, daß der Spruch des Seeamts dahin abzuändern sei, daß dem Schiffer die Befug-nis zur Ausübung seines Gewerbes als Küsten-schiffer zu entziehen sei, die baaren Auslagen des Verschagens aber außer Anlaß zu lassen.

Berlin, 5. April. Ueber die Vorgänge im Reichsland schreibt die „N.-Z.“:

Wir haben das Schreiben des Bischofs von Straßburg veröffentlicht, welches die Eröffnung des kleinen Seminars in Jülichheim für den 20. April in Aussicht stellt. Wir werden auf diesen Vorgang selbst noch ausführlicher zurückkommen. Der Bischof beginnt sein Schreiben mit den Worten: Unsere Wünsche sind endlich erfüllt worden.

Es ist charakteristisch, daß der erste Erfolg nach der autonomen Gestaltung des Landes für die ul-tramontanen Bestrebungen gefallen ist, welche einen bedeutungsvollen Sieg auf der empfindlichsten Stelle, der Erziehung der zukünftigen Kleriker, zu verzeich-nen haben.

Man kann fragen, wo haben sich bei dieser Wendung die Autonomisten, die Liberalen befunden? Die Antwort lautet, daß diese seit der Neuwahl des Landesausschusses immer mehr zurückgetreten sind, aus ihrer einflussreichen Stellung sind sie durch ihre Passivität hinausgedrängt worden und sie ha-ben die Leitung an die ultramontane Partei abge-gaben. Pfarrer Winterer, der nur mit einer mini-malen Mehrheit in den Landesausschuß gelangt ist, hat die Autonomisten alsbald ausmanövriert. Er hat sich der Mehrheit im Landesausschuß bemäch-tigt wie einer herrenlosen Sache, als Kern dazu verwandelt er die Französisch-Lothringer und indem

er dann die übrigen verwandten Elemente nach und nach zu sich herüberzog.

Das autonomistische Programm hatte jedes Salz verloren, nachdem die Autonomie, soweit sie überhaupt denkbar ist, zur Thatsache geworden war. Statt den durch den Erfolg dieser Bestrebungen ge-wonnenen Boden fest zu betreten, sich als eine li-berale mit der Staatsveränderung ausgeführte Par-tei zu konstituieren und in dieser Haltung den Ein-fluß auf die Leitung des Landes zu nehmen, den sie leicht erhalten konnte, ja den man ihnen entgegen-trug, zogen die Autonomisten eine wenig geklärt, rückhaltende und verlegene Haltung vor. Die Theilnahme an der Regierung, die den Hauptern der autonomistischen Partei angeboten war, lehnten dieselben ab, so namentlich Herr Klein. Abgeord-neter Schneegans, der sich bei der Verhandlung der Neuorganisation persönlich zur Mitwirkung bei die-ser Neugestaltung verpflichtet und versprochen hatte, seine Persönlichkeit dafür einzusetzen, trat in die Regierung, fand sich aber so vereinzelt und ohne Stütze in dem Landes-Ausschuß und in der Autonomisten-Partei, daß er sich aus einer Stel-lung zurückzog, die den ersten Plänen nicht mehr entsprach.

Die Unlust zu irgend einem entschlossenen und sicheren Vorgehen der Autonomisten hat mehr als alles Andere der liberalen Partei nach und nach im Landesausschuß das Uebergewicht gegeben. Herr Winterer im Reichstage, das Prototyp des Heg-kapläns, operirt im Landesausschuß vorsichtiger und die Regierung des Statthalters hat es nahelegend gefunden, nachdem die Liberalen und Autonomisten versagten, sich mit den Ultramontanen zu verständigen. Das kann in unseren Augen die Entwicklung, welche die Dinge im Reichsland nehmen, nicht rech-tfertigen, aber verständlicher werden sie doch eher durch diese Vorgeschichte.

In österreichischen Blättern begegnet man zahlreichen Betrachtungen über die Gefahren, welche das österreichisch-deutsche Einverständnis gegenüber dem verbesserten Verhältnis zwischen Berlin und Petersburg und gegenüber dem bevorstehenden Mi-nisterwechsel in England läuft. Diese Betrachtun-gen sind theilweise ziemlich pessimistisch gefärbt. Wir können den Zweck derselben nicht recht begreifen; das österreichisch-deutsche Einverständnis, wenn es irgend etwas bedeutet, soll gerade das Verhältnis der beiden einander nähergetretenen Reiche über die Strömungen des Tages hinausheben, eine Bürg-schaft gegen den Wechsel in diesen Strömungen dar-stellen. Wir sind von dem Ernst der in Wien ge-troffenen Verabredungen hinreichend überzeugt, um alle Betrachtungen ohne Weiteres abzulehnen, welche die Frage aufwerfen, ob für eine dritte Macht wie Rußland in einem Bündniß Platz sei, das gerade für die individuellen Bedürfnisse von Deutsch-land und Oesterreich berechnet ist. In dieser Auffassung bewegen wir uns mit dem Wiener „Freundenblatt“, das, den Befürchtungen österreichi-scher Blätter gegenüberstehend, sich u. A. wie folgt äußert:

„Am allerwenigsten vermögen wir einzusehen, warum durch den Sieg der englischen Liberalen die österreichisch-deutsche Entente gefährdet sein soll. Die Angst, die dieserhalb heute von dem leitenden Organ der deutsch-liberalen Opposition erhoben wer-den, sind ebenso wenig motiviert, wie das Triumph-geschrei des Nieggerschen Blattes, das, indem es den „orientalischen Abenteuer“ Beaconsfield zu den Todten wirft, bereits das „einfeltige Bündniß mit Deutschland“ trotz der „maßlosen Reklamen“, die demselben gemacht wurden, in Stücke geben sieht. Kehren die Siege der Whigs wirklich ihre Spitze gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, wäre die Niederlage der Konservativen in der That das Vor-spiel zu einer englisch-russischen Allianz, dann, mei-nen wir, hätten Deutschland und Oesterreich-Ungarn erst recht Ursache, fest zusammenzuhalten, und ein Ministerium Hartington-Granville, weit entfernt, einen Keil in die österreichisch-deutsche Entente zu treiben, müßte dieselbe nur noch mehr be-festigen.“

Wie die „Magd. Ztg.“ schreibt, sind bis jetzt Anmeldungen von Geistlichen zur Anstellung in einer verwaisten Pfarrei seitens der noch im Amte befindlichen Bischöfe bei den Oberpräsidenten noch nicht erfolgt. Die zu Recht bestehenden geistlichen Oberen haben demnach von der im Briefe des Papstes an den staatlich abgesetzten Erzbischof Mel-chers ihnen gegebenen Erlaubniß noch keinen Ge-

brauch gemacht. Man darf vermuthen, daß sie ihrer-seits eine spezielle Befehung aus Rom abwarten, und daß diese eben bisher noch nicht erfolgt oder im ne-gativen Sinne ausgefallen ist.

Die Wochen-Korrespondenz der deutschen Reichs- und freikonservativen Partei erblickt die größte Schwierigkeit der zweiten Hälfte der Reichs-tags-Session in den Steuer-Vorlagen. Sie schreibt:

„Da die Stempelsteuer-Vorlage ihre Erledi-gung im Bundesrathe noch nicht gefunden hat und es von der Wehrsteuer überhaupt noch nicht fest-steht, ob sie dem Bundesrathe noch rechtzeitig vor-gelegt werden wird, so wäre eine nähere Stellung-nahme zur Zeit verfrüht. Soviel darf aber schon jetzt als sicher angenommen werden, daß, sollte es wider Erwarten nicht gelingen, das im vorigen Jahre unvollendet gelassene Werk der Steuerreform auf dem jetzt betretenen Wege zum Abschlusse zu bringen und auf diese Weise die Beschaffung der Mittel für die notwendigen Mehrausgaben des Reichs und die definitive Regelung der Steuerver-hältnisse in den Einzelstaaten zu ermöglichen, die verbündeten Regierungen nothwendigerweise dazu ge-drängt werden müssen, auf frühere Pläne, namentlich in Betreff der Besteuerung des Tabaks, zurück-zugreifen. Jedemfalls darf man einen schon jetzt mehrfach erhobenen Einwand gegen die neuen Steuer-vorlagen nicht gelten lassen, welcher dahin geht, daß vor der Einführung weiterer indirekter Steuern erst abgewartet werden müsse, wie hoch sich die Er-träge der bereits bewilligten stellen würden. Denn selbst wenn der auf 130 Mill. M. angenommene Maximalertrag erreicht werden sollte, so ist diese Summe nicht hinreichend, die nach beiden Richtungen hin ins Auge gefaßten Zwecke zu erfüllen. Namentlich würde die für Preußen so dringend nöthige Ent-lastung der Steuerzahler von drückenden direkten Staats- und Kommunalabgaben, welche letztere nur auf der Basis einer theilweisen Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuern an die Kommunalver-bände möglich ist, dann nur in sehr beschränktem Maße erreichbar sein. Wollte man daher die Wei-terausbildung des indirekten Steuersystems jetzt un-terbrechen, so würde dem Volke nur die drückende, nicht auch zugleich die erleichternde Seite der Steuer-reform fühlbar, und so mit Nothwendigkeit Miß-stimmung im Lande gegen die gesammte Zoll- und Steuerreform wachgerufen werden. Jener Einwand ist daher nichts Anderes, als ein nicht ganz loyales Kampfmittel grundsätzlicher Gegner der herrschenden Zoll- und Steuerpolitik, und die Anhänger der letzteren werden die dringende Aufforderung erkennen müssen, unbeirrt durch solche Finten das angefan-gene Werk zum Abschluß zu bringen.“

Ausland.

Wien, 5. April. Kreise, welche der hiesigen englischen Botschaft nahe stehen, dementiren ka-tegorisch, daß Lord Elliot in Folge der Wahlen zurückzutreten beabsichtige. — Montenegro acceptirte die letzten türkischen Propositionen betreffs der Grenzregulierung. — Die Lösung der österreichi-sch-ungarischen Reichs-Finanzministerkrise erfolgt nicht vor Ende der Woche.

Wien, 5. April. Der „Pester Lloyd“ sagt in einem Artikel über die englischen Wahlen: Für Oesterreich hat zunächst die Frage, ob Gladstone und Derby ins Kabinett eintreten, das meiste Inter-esse. Beide haben sich so unverhohlen als Oester-reichs Feinde bekannt, daß ihrem Eintreten noth-wendig die Erkaltung der glücklich hergestellten austro-englischen Freundschaft und die Auflösung jener vom österreichischen Botschafter Grafen Ka-rolyi vor Jahresfrist proklamirten ungeschriebenen Allianz folgen müßte. Noch sei diese Eventualität nicht unvermeidlich und verhütbar. Als günstiges Symptom betrachtet der „Pester Lloyd“ die neuer-liche Meldung der Mitte April bevorstehenden Begegnung des deutschen Kaisers mit der Königin Victoria.

Paris, 4. April. Gambetta und Jules Ferry werden in der nächsten Woche einem von der repu-blikanischen Partei des Eure-Departements veran-stalteten Banket beizubohnen und Reden halten, von denen man eine große Wirkung erwartet. Seit seiner Ernennung zum Präsidenten der Deputirten-kammer hat Gambetta jede öffentliche Auslassung vermieden.

Paris, 5. April. Nachrichten aus der Pro-vinz melden die Bildung zahlreicher katholischer Laien-Komitees und eine unerwartete Steigerung

oppositioneller Agitation selbst unter den gemäßigten Republikanern. Prinz Napoleon hatte in Marzelle eine Unterredung mit Abgeordneten Crispi's. Die Regierung hat ein wachsameres Auge auf die Bewe-gungen des Prätextanten.

In vielen politischen Kreisen wird die baldige Rückkehr Delors als sicher angegeben im Zusam-menhange mit der beabsichtigten neuen russischen Anleihe, welche durch das Komptoir d'Escompte emittirt wird.

Rom, 4. April. Ihre kaiserliche und könig-liche Hoheit die Kronprinzessin wohnte heute dem Gottesdienste in der Kapelle der Botschaft bei und empfing später die Beamten der Botschaft.

Wagner's „Lohengrin“ ist in dem Theater Apollo in Gegenwart der ganzen aristokratischen und musikalischen Welt mit großem Erfolg zur Auffüh-rung gelangt.

Rom, 5. April. Die deutsche Kronprinzessin besuchte am Sonnabend Nachmittag die Villa Me-dici. Am Abend fand ein Diner auf der deutschen Botschaft im Palazzo Caffarelli statt. Es waren als Gäste der Frau Kronprinzessin erschienen der österreichische Botschafter Graf Wimpffen, der eng-lische Botschafter Sir Baget, der frühere französische Minister Herr Waddington; Alle mit ihren Damen. Außerdem waren die diplomatischen Mitglieder der deutschen Botschaft beim Diner anwesend. Am Sonntag früh hat die Frau Kronprinzessin dem Gottesdienst in der Botschaft-Kapelle beigewohnt. Nachher wurden die Beamten der Botschaft und der Konful Naft vorgestellt. Nachmittags erschien die Königin Margarethe von Italien in einem offenen Landauer vor dem Palazzo Caffarelli, um die Kron-prinzessin zu einer Spazierfahrt nach der Villa Borghese und dem Pincio abzuholen. Unsere Kron-prinzessin wurde überall von dem Publikum sym-pathisch begrüßt.

Am Sonntag Abend dinirte die Kronprinzessin, wie schon kurz signalisirt, bei Hofe. König Hum-bert empfing unsere Kronprinzessin am Portal des Quirinals und begleitete sie nach dem Diner bis zum Wagen. Am Diner beim königlichen Hofe haben Theil genommen der deutsche Botschafter Herr v. Krudell und Gemahlin, sowie die Botschafts-mitglieder Derenthall, Schweizer und Buillanne, ferner General Mebic, Graf Castellengo, Graf Panissera, General Bertoleviale, Marquise Vala-marina und die Herzogin Melisa. Um 10 Uhr Abends kehrte die Frau Kronprinzessin nach dem Palazzo Caffarelli zurück. Das Einvernehmen der hohen Frau mit dem italienischen Königspaar ist ein außerordentlich herzliches.

Gestern, am Montag, besuchte die Kronprinzessin den Lateran, trotz eines heftigen Platzregens. Im Besuchs-buch auf der deutschen Botschaft haben sich u. A. eingeschrieben die Herzogin Massimo, Fürst und Fürstin Chigi, Graf Ruffe, der frühere Minister Visconti Venosta und Graf Hermann Armin.

London, 5. April. Die Führer der Liberalen geben zu, daß sie Afghanistan möglichst bald räu-men werden, allein die europäische auswärtige Poli-tik werde ungedändert bleiben, nur würden sie offen mit Wissen des ganzen Landes und nicht „wie Ver-schwörer“ vorgehen.

London, 5. April. In Middlesex wurden die den Parlamentenwahlen die beiden bisherigen kon-servativen Kandidaten wiedergewählt. Der Kandidat der liberalen Partei, Herbert Gladstone (der Sohn unterlag; die Konservativen erhielten eine Majori-tät von ca. 4000 Stimmen.

London, 5. April. Gladstone, der in Mid-dlesex als Parlamentskandidat aufgestellt worden, ist dort als Sieger aus dem Wahlkampf hervor-gegangen.

London, 5. April. Alle Gemäßigten kommen darin überein, daß die Wahlen eine große Ab-nahme des konservativen Elementes zeigen. Selbst da, wo die Konservativen gesiegt haben, war die Stimmenmehrheit nur eine geringe. Die gemäßig-te Presse ist eifrig bestrebt, der Versicherung Ausdruck zu geben, daß auch eine liberale Regierung den Berliner Vertrag aufrecht erhalten werde, dagegen müsse die Verwaltung Indiens geändert werden. Der Vizekönig von Indien hat seine beabsichtigte Reise nach Simla aufgeschoben. Alle Blätter sind mit den Urtheilen der auswärtigen Presse angefüllt. Eine Madrider Zeitung macht Gladstone den Vor-schlag, Gibraltar wieder an Spanien abzutreten. Die Radikalen sind voller Hoffnung.

Petersburg, 31. März. Im Vergleich zu der Zeit des Jubelfestes ist heute eine angenehme Ruhe in die Gemüther der Hauptstadt eingezogen. Man hat begonnen, weniger zu fürchten und mehr zu hoffen, man hat sich entschlossen, im Grafen Loris-Melikoff einen Retter zu erblicken und Thaten von ihm zu erwarten, deren Gewicht und Richtung noch Niemand bestimmen kann. Damals war die Furcht allgemein, daß Petersburg an allen vier Ecken angezündet und nebenbei überall die Häuser durch geheime Mienen in die Luft würden gesprengt werden; viele Familien packten ihre Sachen, um zu entfliehen, manche verließen die Stadt thatsächlich vor dem gefürchteten 2. März. Heute fühlt man die Gefahr hinter sich und eilt die etwa noch vorhandene mit zu vergessen in dem Gewirre des unserer Stadt eigenen breiten, sorglosen, genußsüchtigen und lebenswürdigen Lebens. Es liegt nur in der bekannten Art unseres Publikums, wenn man dabei rasch über die Grenze des real Vernünftigen hinausgehend überschwenglichen Erwartungen von der wunderbaren Thatkraft des Diktators sich hingibt.

Melikoff soll nun plötzlich Alles im Handumdrehen besorgen, soll Leben und Eigenthum des Czaren und jedes Einzelnen schützen, soll die Nihilisten ausrotten, soll sogar Rußland im größten Stil reformiren und eine neue Ära des Staatslebens ins Dasein rufen. Melikoff soll einfach heren. Das schließt freilich nicht aus, daß sich bereits Anzeichen einer Minderarbeit zeigen, welche direct gegen den Diktator gerichtet sind, Mienen nicht von mörderischer Nihilistenhand, sondern von hochgestellten Personen gelegt, nicht mit Dynamit geladen, sondern mit dem schleichenden Gift der Intrigue. Es scheint, als ob man von gewissen Seiten gegen die Stellung Melikoff's bereits ernstlich wühle, um ihn zu stürzen. Indessen mag daran eben so viel Erfindung sein als an so vielem in der Menge der umlaufenden Gerüchte anderer Art, denen man täglich begegnet. Ich meine beispielsweise die Nachricht, daß Melikoff sehnlich den Augenblick herbeiwünsche, wo er den Czaren mit Sicherheit aus der Hauptstadt hinaus und in die leichter zu beschützende Sommerresidenz von Livadia fortbringen könnte. Wenn, sagt man, die Abreise des Czaren sich noch lange verzögern sollte, so sei der Grund darin zu suchen, daß man nicht mit Sicherheit die Gefährlichkeit der langen Reise gewährleisten könne. Wenn aber der Czar erst in Sicherheit sei, fern von Petersburg, dann werde die Thätigkeit Melikoff's eigentlich erst beginnen; dann werde er einerseits einen rücksichtslosen Kampf gegen den Nihilismus eröffnen, andererseits aber mit umfassenden Reformen des Staates vorgehen.

Welcher Art diese Reformen sein werden, weiß man natürlich nicht genau zu sagen, jedoch liegt es nahe genug, daß die Mehrheit sich dabei allerlei Konstitutionelles denkt. Man konnte schon lange in der gesammten Presse die Sorge verbreitet sehen, daß all das Uebel eine Reaktion heraufzuführen könnte, und den Wunsch, daß die Folge vielmehr ein Vorschieben zur Theilnahme des Volkes an den politischen Dingen sein möchte. Dieselben Gedanken spiegeln sich in jenen Gerüchten wieder und sind in der That sehr weit verbreitet. Denn im Ganzen hat die Fülle der jüngsten politischen Stöße die Meinungen der hiesigen denkenden Welt wenig erschüttert, weniger geändert vielleicht als die Anschauungen großer Kreise jenseits der russischen Grenzen. Wir sind ebenso konservativ oder liberal geblieben als vorher, und sehen wie vorher die Korruption um uns her herrlich weiterblühen ohne jede Aussicht, daß auch ein Diktator ihre Wurzeln zerstören könnte.

Es ist das alte Petersburg mit seinem Luxus, seiner sorglosen Verschwendung, seinem Geldhunger, seiner Leichtfertigkeit in der Wahl der Mittel, diesen Dürst zu löschen, seiner Bestechlichkeit und sonstigen Verderbtheit, seinen guten Vorsätzen und schlechten Ausführungen. Und weil es das alte geblieben ist, darum hat man selbst zu der Gewalt eines Melikoff nicht das Vertrauen, daß er mit den heutigen bürokratischen Kräften neuen Wein in die alten Schläuche schenken werde. Das System bleibt das alte, und dieses System kann wohl seine Dienere wechseln, aber sie werden sich stets gleichen. Und sollte der Czar wohl dem nun gewaltigen Armenier den Auftrag erteilen, das System selbst zu ändern?

„Armäschka“, das Armenierlein — wie Melikoff genannt wird — ist ohne Zweifel ein ganzer Mann, ein Mann, wie Rußland sie selten sieht, noch seltener selbst erzeugt. Die Thatkraft, Gewandtheit, Verschlagenheit, Rücksichtslosigkeit, diplomatische Geschmeidigkeit des armenischen Stammes hat Melikoff in hohem Grade. Aber das sind so wenig russische Eigenschaften, daß ich fürchte, man wird bald von nationalen Empfindungen ihm gegenüber zu hören bekommen. Und bei einer Macht, wie sie der Diktator besitzt, kann kein anderes Licht neben ihm aufkommen, so gern es leuchten würde. Es müssen sich eigenthümliche Stellungen ergeben, beispielsweise zu einem Baluiew, einem Gortschakoff, nicht zu reden von einem Schuwaloff, der allem Anschein nach wirklich vorläufig zu den Todten zählt. Wenigstens gilt er im Winterpalast nichts, da er niemals bei Hof erscheint. So gewinnend die Persönlichkeit Melikoff's sein mag, so wird er schwerlich das Aufsteigen feindseliger Stimmungen verhindern können, auch wenn an den oben erwähnten Gerüchten gegenwärtig nur wenig Wahres sein sollte, um so weniger dann, wenn der Czar weit und sein Stellvertreter unumschränkter Gebieter sein wird.

Gölte es dazu noch der Residenz allein! Aber es giebt kaum ein Ministerium und kaum eine Provinz, in die sich das revolutionäre Gift nicht in

einer oder anderer Form eingeschlichen hätte. Ich machte Sie vor einiger Zeit schon auf die Thätigkeit eines hohen Beamten in den Westprovinzen aufmerksam; ganz dasselbe von oben her mit allem Eifer geleitete Aufwiegen der unteren Volksklassen wird seit Jahren anderorts, z. B. in den Ostprovinzen getrieben, und diese Revolution zu vernichten, die vom Ministerium ausgeht, die ihre Maschinen im Lande hat, die den Nihilisten in die Hände arbeitet, wird für Melikoff eine recht schwere Aufgabe sein. Es haben sich einmal frankhafte Bilze überall in dem Staatskörper angefest, die selbst durch eine Diktatur kaum weggeschafft werden können.

Petersburg, 2. April. Da die Nihilisten augenblicklich Ruhe halten und die Hartmann'sche Angelegenheit nach allen Seiten hin überreichlich erörtert ist, wenden die russischen Blätter ihre Aufmerksamkeit den innern Verhältnissen zu, und zwar in einer Weise, die nicht übermäßig fruchtbar wirken kann. So ist ein großer Streit entbrannt, ob man den Nihilismus, die Beschlichkeit und alle andern Uebel im Staate Rußland nicht dadurch beseitigen könne, daß man an Stelle der Realschulen Gymnasien mit vorwiegend klassischem Studium einführe. Die einen behaupten es, wogegen die anderen meinen, daß nur dann dem Staate Heil widerfahren könne, wenn im Lektionsplan der höheren Schulen dem Unterricht in den Naturwissenschaften eine größere Stundenzahl bewilligt würde. Von beiden Seiten wird dieser Krieg mit großer Festigkeit geführt, zweifelsohne nur, um bald in Vergessenheit zu versinken und einem anderen Gegenstande des Streites Platz zu machen. Die neue russische Norddeutsche Allgemeine Zeitung, der Bereg, entwickelt sonderbare Ansichten über die Bildung eines in Rußland fehlenden Mittelstandes und kommt dabei auf den Gedanken, daß „die 11 Millionen Sectirer ein vorzügliches Material zur Bildung einer Bourgeoisie“ abgeben würden. Warum gerade das oder vielmehr die religiösen Bekenntnisse die Sectirer zum Mittelstande vorzugsweise geeignet machen sollen, ist schwer zu verstehen. — Ueber die Thätigkeit des Grafen Loris-Melikoff wird uns so mehr erzählt, als er seine Reformpläne bisher noch geheim hält. Ebenso ist seine auf Bekämpfung des Nihilismus gerichtete Thätigkeit eine sehr geräuschvolle. Neuerdings wird erzählt, daß auf der Festung Schlüsselburg, dem alten Gewahrsam hoher Staatsverbrecher, eine Wohnung in außergewöhnlicher Weise hergerichtet wird, die für einen Gefangenen bestimmt, aber mit allem Luxus und Bequemlichkeit ausgestattet ist. Man meint hier, Melikoff sei es gelungen, die Seele der Revolution zu entdecken und volle Beweise der Schuld zu sammeln. Das eigentliche Haupt der Nihilisten, so will man wissen, soll bald seinen Einzug in diese Wohnung halten.

Petersburg, 3. April. Die Unzuverlässigkeiten, welche bei Ertheilung von Geburtsacten an Juden durch die Rabbiner herrschen, haben das Ministerium des Innern veranlaßt, zu beantragen, daß die Führung der Geburtsregister den Rabbinern entzogen werde. Es sollen diese Register in den Residenzen und Stadthauptmannschaften den Bezirks-Präsidenten, in Städten, in denen keine besondere Kreispolizei besteht, der städtischen Polizeiverwaltung und in den Kreisen den Woiwoden übertragen werden.

In Odessa wird am 7. April ein politischer Prozeß zur Verhandlung gelangen, der allem Anschein nach interessant zu werden verspricht. Achtzehn Personen sind in Anklagezustand versetzt und von diesen sind nicht weniger als ein rundes Drittel Juden. Es ist doch traurig, daß das auserwählte Volk bei allen diesen schmutzigen Geschichten die Hand im Spiele hat, sobald nur Geld zu verdienen ist. Offiziere fehlen selbstverständlich auch in diesem Prozeß wieder nicht; sie sind durch die beiden Fährnisse (der Fährniß hat in Rußland Offiziersrang wie unser Sekonde-Lieutenant) Alexander Kriwoschin und Nikolai Wlastupolo vertreten. Söhne von Ajssejoren, Räten und erblichen Edelleuten haben wir vier, während einer dem geistlichen Stande angehört. Von den übrigen Angeklagten sind drei bereits aller Rechte verlustig erklärt und ferner Elisabeth Juschakow (ohne Frauennamen geht es nicht ab) für Vethelligung am Diebstahl in der Chersonschen Kentei und zwar wegen Mordversuchs gegen einen gewissen Golschom (vermutlich den „Verräther“) verurtheilt worden.

Wie aus Moskau am Don berichtet wird, sind daselbst aus dem Magazin des Kaufmanns Birkle neben verschiedenen optischen Instrumenten 85 Revolver und 40 Jagdmesser und Dolche gestohlen worden. Die Einbrecher erwiesen sich als eine anrüchliche Bande von 11 Griechen, die Einbruch gewerbmäßig betreiben. Wahrscheinlich hatten sie im Auftrage eines Agenten der Revolutionspartei das Magazin erbrochen, denn einer der Einbrecher war sofort nach Taganrog mit Revolvern und Dolchen abgegangen. Man fürchtet, daß die Waffen den Revolutionären in die Hände gefallen sind.

Für die durch Explosion im Winterpalast Geschädigten sind schon bei dem Hauptkomitee über 60,000 Rubel eingegangen. Die Offiziere der Kaiserin-Kürassiere spendeten vor einigen Tagen 500 Rubel. Der „Golos“ hat außerdem noch für denselben Zweck mehr als 8000 Rubel gesammelt.

Provinzielles.

Stettin, 6. April. Die Strafverfolgung von Vergehen, die im Höchstbetrage mit einer längeren als dreimonatlichen Gefängnißstrafe bedroht sind, verfährt nach § 67, 2 des Strafgesetzbuches in fünf Jahren, von anderen Vergehen in drei Jahren. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichsgericht,

2. Strafsenat, durch Erkenntnis vom 27. Januar 1880 ausgesprochen, daß die Strafverfolgung von Vergehen, welche nur mit Geldstrafe bedroht sind, stets in drei Jahren verjährt, also auch dann, wenn der Höchstbetrag der angedrohten Geldstrafe im Falle der Umwandlung in Gefängnißstrafe zufolge §§ 28, 29 des Strafgesetzbuches eine die Dauer von drei Monaten übersteigende Gefängnißstrafe ergeben würde.

— Zur angeblichen Schnepfenjagd des Fürsten Butbus auf Rügen, deren nahes Vorstehen wir kürzlich unsern Lesern nach einer Mittheilung des „Kl. Z.“ berichteten, wird jetzt demselben Berliner Blatt von dem fürstlich Butbus'schen Jägermeister berichtet, daß weder früher noch jetzt vom Fürsten zu Butbus auf seinen Revieren Schnepfenjagden veranstaltet worden seien; es würden schon deshalb im Frühjahr keine Schnepfen geschossen, um nicht die Reviere zu beunruhigen, auch sei ein großer Bruch daselbst nicht vorhanden. Es hat, so lautet es in der Mittheilung wörtlich, vermuthlich die königliche Stubbis auf Rügen gemeint sein sollen, wo fast alljährlich im Frühjahr Herren zur mitunter ergiebigen Schnepfenjagd weilen; wie verlautet ist auch schon gegenwärtig unter Anderen der österreichische Botschafter daselbst eingetroffen. Der Fürst zu Butbus befindet sich z. Z. nicht auf Rügen.

— Das Gasspiel der hochgefeierten Salonheldin Fräulein Pauline Ulrich beginnt bestimmt am Donnerstag, den 8. d. Mts. Die Vorstellung zu kleinen Preisen ist deshalb von Sonnabend auf Mittwoch verlegt. Für letzteren Abend prangen Schauspiel und Oper auf dem Theaterzettel. Es giebt zunächst „Sans Jürge“ und darauf die komische Oper „Johann von Paris.“ Fräulein Ulrich beginnt ihr Gasspiel mit „Gräfin Lea“ (Paul Lindau). Nach den vorliegenden Berichten auswärtiger Zeitungen soll ihre Leistung in diesem Stücke wahrhaft großartig und unübertrefflich sein.

— Zum gerichtlichen Sachverständigen und Taxator für landwirthschaftliche Grundstücke und Acker, für Mobilien, Körner und Früchte aller Art und Hölzer wurde für das Amtsgericht Stettin der Agent Th. Schrödt vereidigt.

— In der Zeit vom 28. März bis 3. April sind hier selbst 30 männliche, 20 weibliche, in Summa 50 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 25 Kinder unter 5 und 8 Personen über 50 Jahre.

Bermittltes.

— Wie bekannt, wurde der portugiesische Thronprätendent Don Miguel de Braganza, Vater der drei Prinzessinnen Maria Theresia, Maria das Neves und Adelgunde, von denen die Erste mit dem österreichischen Erzherzog Karl Ludwig, die Zweite mit dem Infanten Don Alphonso de Bourbon und die Dritte mit dem Grafen Barbi vermählt ist — mit seiner Familie für immer aus Portugal verbannt und dürfen seine Kinder noch heute nicht den heimathlichen Boden betreten. Vor einigen Tagen wurde jedoch die Prinzessin Adelgunde (sie ist jetzt 21 Jahre alt), die eben in Biarritz weilt, von solcher Sehnsucht ergriffen, einmal Lissabon zu sehen, daß sie den Entschluß faßte, inognito die portugiesische Hauptstadt zu besuchen. Sie verschaffte sich einen englischen Paß, in welchem ihre Kammerfrau als reisende Dame, sie selbst, die Prinzessin aber, als deren Kammermädchen bezeichnet wurde, und nun ging es durch Spanien nach Lissabon, wo die hohe Frau in einem Hotel Absteigequartier nahm. In einem offenen Fialer besitzte die Prinzessin in Begleitung ihrer Kammerfrau die Straßen der Stadt, nahm sogar die zwei königlichen Residenzschlösser Ajuda und Belem in Augenschein und besuchte weiter die zwei Städte Quetzal und Cintra. Zuletzt stattete sie noch einem alten Freunde ihres Hauses, dem Grafen da Redinha, einen Besuch ab. Vor ihrer Abreise aus Lissabon richtete sie noch folgende Zeilen an ihre Schwester, die Prinzessin Maria das Neves: „Liebe Schwester! Du darfst nicht erschrecken. Ich schreibe Dir nämlich aus Lissabon, der angebeteten Erde unseres unglücklichen Vaterlandes und die immer angebetet bleiben wird. Sie ist wirklich sehr schön. Es war dies zwar kühn, aber es war der einfache Wunsch einer Portugiesin. Deine Schwester Adelgunde.“ — Uebrigens soll auch die Prinzessin Maria das Neves, die in einen Civilprozeß in Spanien verwickelt war, vor einigen Wochen unter fremdem Namen in Madrid gewesen sein.

— Ein höchst seltsamer Gerichtsfall von Fälschung aus Menschenfreundlichkeit kam am 24. März i. Central-Kriminal-Court in London zur Verhandlung. D. Whiteford, ein in London praktizirender Arzt, war angeklagt, zu Gunsten eines Verbrechers, Namens Charles Shurety, der wegen Mordes eines Kindes in Newgate hingerichtet werden sollte, ein öffentliches Dokument gefälscht zu haben. Allem Anschein nach hatte D. White sich für den Fall Shurety sehr interessiert und war durch die Sache außerordentlich aufgeregt worden. Er hatte für sich die Ueberzeugung gewonnen, daß das Verbrechen Shurety's nur ein Todtschlag und kein Mord sei, und hatte selbst Anstrengungen gemacht, eine Abänderung des Todesurtheils zu bewirken. Er war zu dem Zwecke mit dem „Home Office“ in Verbindung getreten und hatte am Tage vor der Exekution um eine Audienz bei Mr. Croft und dann bei dem Untersekretär Mr. Kibbell vergeblich nachgesucht. Am 5. Januar, am Morgen der Exekution, empfing nun der Gouverneur des Newgate-Gefängnisses, Mr. Smith, einen Brief, angeblich vom Home Office, mit dem Befehl, die Hinrichtung nicht auszuführen. Schon waren alle Vorbereitungen getroffen und der Gouverneur mußte durch den Brief in nicht geringe Verwunderung und Verle-

genheit versetzt werden. Indes ergab die genau Besichtigung desselben bald, daß er eine Fälschung sein müsse, zumal das Couvert nicht den Stempel des Home Office, sondern den der lokalen Regierungsbehörde trug, und der Gouverneur ließ nun die Exekution trotz des Briefes ausführen. Die spätere Untersuchung ergab, daß der Brief dieselbe Handschrift trug wie die Eingaben des Dr. Whiteford an das Home Office. Der Vertheidiger plaidirte natürlich für momentane Unzurechnungsfähigkeit, doch verurtheilte der Gerichtshof den Arzt, der seinen Beruf, Menschen vor dem Tode zu bewahren, gar zu ungebührlich weit ausgedehnt hatte, zu zwei Monaten Gefängniß ohne harte Arbeit und außerdem zu 50 Pf. Sterl. Geldstrafe. Der Umstand, daß Dr. Whiteford kein anderes Motiv zu seiner selbstamen Fälschung hatte, als menschenfreundliche Gesinnung und das hier nur verkehrt angewendete Bestreben seines ärztlichen Berufes, seinen Mitmenschen zu retten, galt offenbar als Milderungsgrund.

Viehmarkt.

Berlin, 5. April. Es fanden zum Verkauf: 2545 Rinder, 4847 Schweine, 1242 Kälber, 10,627 Hammel.

Für Rinder, deren Auftrieb um circa 450 Stück stärker war, als in der Vorwoche, verlief das Geschäft fast noch matter als damals, doch hielten die Verkäufer möglichst an den leztgezielten Preisen fest und erreichten feinste Qualität 58—60, Prima 50—54, Sekunda 42—45 und Tertia 30—35 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Bei den anderen Viehgattungen zeigte sich eine etwas bessere Stimmung bei steigenden Preisen.

Schweine: Beste Mecklenburger und Pommern 58—60, Landtschweine 51—56, Rassen 47—50 Mark pro 100 Pfund lebend Gewicht bei einer Tara von 20 Prozent. Bakuner, die bei den sehr hohen Preisen an den Produktionsplätzen eine geraume Zeit nicht zugetrieben waren, zeigten sich heute wieder in kleinen Posten und erzielten 58 bis 60 Mark bei 45—50 Pfund Tara.

Kälber 40—50, beste Stücken 55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Hammel 45—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 5. April. Der Prinz von Wales ist heute Nachmittag um 5 Uhr nach Paris abgereist; die Prinzessin von Wales wird heute Abend nach Kopenhagen abreisen.

Pest 5. April. Im Unterhause erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten und Kommunikationen, daß er beabsichtige, die Vorlage betreffend die Pest-Semliner Bahn noch im Laufe dieses Monats einzubringen, ferner bezüglich der Arlbergbahn, daß die Regierung keinerlei Verpflichtungen zu direkten Kompensationen für den Ausbau derselben übernommen habe; was die Regulirung der Donau bei Goenyo anbelange, so sei dieselbe für beide Reichshälften nützlich und werde die Regierung zur Lösung dieser Aufgabe schreiten, sobald die Verhältnisse es gestatten.

Paris, 5. April. Der „France“ zufolge hätte der Unterrichtsminister Ferry die Absicht, den Bischöfen die Vorschriften in Erinnerung zu bringen, welche die synodalen und provincialen Vereinigungen ohne vorherige Genehmigung verbieten.

Paris, 5. April. Die Journale „Estatette“ und „Orde“ veröffentlichten ein Schreiben des Prinzen Napoleon, in welchem derselbe seine Ansicht über die jüngsten Dekrete bezüglich der Kongregationen darlegt. In dem Briefe sagt der Prinz, ein Napoleon würde sich, ohne seine Abstammung zu verleugnen, niemals als ein Feind der Religion und Revolution zeigen. Die jüngsten Dekrete bezüglich der Kongregationen bedeuteten keineswegs eine Verfolgung, sondern seien nur eine Rückkehr zu dem unumgänglich notwendigen öffentlichen Recht. Das Prinzip, welches das Fortbestehen eines religiösen Ordens von der Ueberwachung und der Genehmigung der Staatsgewalt abhängig mache, finde sich überall, selbst die Bourbonen hätten dasselbe anerkannt. Dieses Prinzip ausgeben, heiße den Staat zerstören und ihn zu Füßen der Theokratie legen. In dem Briefe heißt es weiter, die Fraktion einer konservativen Vereinigung habe zu lange gedauert; es gebe keine Gemeinschaft zwischen den Legitimisten, welche gegen die Ergebnisse des Jahres 1789 konspirirt, und den Bonapartisten, welche dieselben unbefugbar gemacht hätten, zwischen den Anhängern der weißen und denjenigen der nationalen Fahnen. Es sei Zeit, daß ein jeder seine Farbe und seine traditionellen Grundsätze wieder aufnehme, und daß alle Zweideutigkeiten aufhörten. Weiter heißt es: von allen Arten, nicht wir selbst zu sein, wäre die verhängnisvollste diejenige, die uns in den Augen der Nation für die Hoffnungen des ancien regime verantwortlich machen würde, die uns dazu führen würde, die Geseßgebung zu verleugnen, deren Urheber die Napoleons sind, und die uns zu Bundesgenossen jener auf ewig verurtheilten Partei machen würde, die die Religion dazu erniedrigt, ein Werkzeug der Leidenschaften und der Berechnungen einer retrograden der Civilisation, wahren Wissen und der Freiheit feindlichen Politik zu sein.

Sofia, 5. April. Der Präsident des Ministerraths, Bischof von Tironowa, hat gestern in der National-Versammlung die Erklärung abgegeben, daß er in Anbetracht der ihm nur bis zur Wiedereröffnung der National-Versammlung interimistisch übertragenen Funktionen seine Demission eingereicht habe und daß der Fürst in Würdigung des von ihm angegebenen Grundes dieselbe angenommen habe.